



[Diesen Artikel drucken](#) | [Dieses Fenster schließen](#)

Zehn EU-Staaten zu Finanztransaktionssteuer bereit

Freitag, 22. Juni 2012, 18:20 Uhr

Rom/Luxemburg (Reuters) - Eine Finanztransaktionssteuer in einem kleinen Verbund von zehn EU-Ländern rückt näher.

Neben den vier größten Volkswirtschaften des Währungsraumes - Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien - signalisierten am Freitag laut Finanzminister Wolfgang Schäuble sechs weitere Euro-Staaten ihre Bereitschaft zur Besteuerung der Märkte. Nach monatelangem Streit gaben die Finanzminister eine Einigung im Kreis aller 27 EU-Länder bei einem Treffen in Luxemburg auf. Damit ist der Weg zu einer Lösung im kleineren Kreis frei. Frankreichs Präsident Francois Hollande sagte, die Abgabe solle so zügig wie möglich kommen.

Damit die Steuer auf dem Weg der verstärkten Zusammenarbeit und damit im Rahmen des EU-Rechtes eingeführt werden kann, müssen sich mindestens neun EU-Staaten beteiligen. Die dänische Finanzministerin und EU-Ratsvorsitzende Margrethe Vestager sagte beim Treffen der 27 Finanzminister, diese hätten festgestellt, dass es keine Aussicht mehr auf eine Einstimmigkeit aller 27 Regierungen gebe. Damit könne der alternative Weg der verstärkten Zusammenarbeit beschritten werden. Dies heiße aber nicht, dass die Steuer schon morgen eingeführt werde. Auch Schäuble dämpfte die Erwartungen. In absehbarer Zeit sei damit nicht zu rechnen. "Da kann man sich in Berlin auf den Kopf stellen. Wir sind einen Schritt weiter, aber wir sind nicht am Ende."

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte nach einem Treffen in Rom mit den Staats- und Regierungschefs von Italien, Spanien und Frankreich, Mario Monti, Mariano Rajoy und Francois Hollande, alle vier hätten sich für die Steuer ausgesprochen. Mit von der Partie sind außerdem Österreich, Belgien, Portugal, Slowenien Griechenland und Zypern. Laut Bundesregierung ist auch Estland dafür, obwohl sich der Vertreter des Landes öffentlich zurückhaltend geäußert hatte.

Finanzminister Wolfgang Schäuble hatte die anderen Staaten gebeten, "genug Hände zu heben". Zusammen mit Österreich sei Deutschland die Speerspitze. Merkel sagte, aus Sicht der Bevölkerung seien die Finanzmärkte für die Schuldenkrise mitverantwortlich und noch nicht ausreichend an deren Kosten beteiligt.

Der Durchbruch dürfte die Zustimmung von SPD und Grünen zum neuen EU-Fiskalpakt für mehr Haushaltsdisziplin in Bundestag und Bundesrat erleichtern, der beide Parlamentskammern mit Zwei-Drittel-Mehrheit passieren muss. Die Opposition hatte einen glaubhaften Einsatz für die Steuer zur einer Voraussetzung für ihre Zustimmung am Freitag kommender Woche gemacht.

Über die Steuer wurde in der EU jahrelang gestritten. Schweden war wie Großbritannien von Anfang an gegen eine Abgabe auf den Handel mit Aktien, Anleihen und Derivaten. Kritiker befürchten, dass die Börsengeschäfte aus Europa abwandern. Auf internationaler Ebene scheiterte der Vorstoß der EU-Staaten zu einer globalen Steuer am Widerstand der USA und anderer Länder.

Der schwedische Finanzminister Anders Borg warnte vor Folgen für die Wirtschaft: "Die Finanztransaktionssteuer wird die Kreditkosten erhöhen und sich negativ auf das europäische Wachstum auswirken." Mehrere Länder

befürchten, dass außerdem der gemeinsame europäische Binnenmarkt leidet, wenn einige Staaten die Steuer einführen und andere nicht.

SEMETA: BESSER ALS KEINE LÖSUNG

Ziel der Besteuerung ist zum einen, die Finanzmärkte an den Kosten der jahrelangen Krise zu beteiligen. Zum anderen sollen schädliche Spekulationen an den Märkten eingedämmt werden. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, den Umsatz mit Aktien und Anleihen mit einem Satz von 0,1 Prozent zu besteuern und Derivate mit 0,01 Prozent. Damit seien Einnahmen von jährlich etwa 57 Milliarden Euro in der gesamten EU möglich. Obwohl die Kommission in erster Linie für Regelungen in der gesamten EU kämpft, unterstützte Steuerkommissar Algirdas Semeta den Vorstoß Deutschlands. Einige Staaten planten bereits den Alleingang, sagte er. Über die verstärkte Zusammenarbeit könne es wenigstens einen größeren Block mit einer einheitlichen Steuer geben. Die verstärkte Zusammenarbeit sei besser als keine Lösung.

Die Feststellung, zu keiner Lösung der 27 EU-Länder zu kommen, war nur der erste von fünf Schritten. Die Befürworter müssen jetzt bei der EU-Kommission mit genauen Angaben einen Antrag auf verstärkte Zusammenarbeit stellen. Die Kommission kann dann vorschlagen, dies zu erlauben. Abstimmen muss darüber der Ministerrat der 27. Eine qualifizierter Mehrheit von knapp drei Viertel der Stimmen muss einverstanden sein. Vier Staaten hatten sich dazu ablehnend geäußert: Schweden, die Niederlande, Rumänien und Lettland. Für eine Blockademinderheit reichen deren Stimmen aber nicht. Erst nachdem der Rat grünes Licht gegeben hat, kann die Kommission den Gesetzesvorschlag machen, der von den beteiligten Ländern wiederum einstimmig angenommen werden muss.

Reuters 2012. Alle Rechte vorbehalten. Jede weitere Veröffentlichung oder Verbreitung von Reuters-Daten, etwa durch Framing oder ähnliche Methoden, ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung von Reuters ausdrücklich verboten. Reuters und das Reuters-Logo mit der Sphäre sind eingetragene Warenzeichen oder Warenzeichen der Reuters Group of Companies weltweit.

Reuters-Journalisten sind dem Redaktionshandbuch von Reuters (Reuters Editorial Handbook) verpflichtet, das eine faire Darstellung und Offenlegung relevanter Themen vorschreibt.